

Campact e.V. - Artilleriestr. 6 – 27283 Verden

An  
Frau von der Leyen  
Bundesministerin für Arbeit und Soziales  
Wilhelmstraße 49  
10117 Berlin

Astrid Goltz  
Campact e.V.  
Artilleriestr. 6  
27283 Verden  
Tel. 0 42 31. 957 465  
Fax 0 42 31. 957 499

[goltz@campact.de](mailto:goltz@campact.de)

Verden, den 10.9.2011

## **Ihre schriftliche Stellungnahme zu Rechten von Flüchtlingskindern**

Sehr geehrte Frau Bundessozialministerin von der Leyen,

die Kampagne "Kinderrechte kennen keine Herkunft" fordert die **Gleichstellung von Flüchtlingskindern im Rahmen der anstehenden Reform des Asylbewerberleistungsgesetzes**. Seit Anfang Juni können Bürger/innen auf der Homepage [www.kinderrechtejetzt.de](http://www.kinderrechtejetzt.de) einen Appell mit dieser Forderung unterzeichnen. Über **33.000 Menschen unterstützen bisher diese Forderung**.

Die Prüfung des Asylbewerberleistungsgesetzes dauert nach Angabe Ihres Ministeriums seit nunmehr 1 1/2 Jahren an, ohne dass Sie der Öffentlichkeit oder dem Parlament nähere Auskünfte zum Vorgehen und zu Zwischenergebnissen erteilt haben. Nun soll der Prozess weiter verzögert werden. Das BMAS kündigte erste Gespräche mit den Ländern an, deren Ergebnisse erst in 2012 erwartet werden. Sie als Bundesministerin könnten die fortwährende Diskriminierung von 40.000 Flüchtlingskindern unter dem Asylbewerberleistungsgesetz zum Thema machen und sich für eine schnelle Reform zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen einsetzen. Wir bitten Sie daher um eine **schriftliche Stellungnahme** zu diesem Thema.

In Ihrer Stellungnahme bitten wir Sie, auf **unsere Forderungen** einzugehen:  
Beenden Sie die Diskriminierung von 40.000 Flüchtlingskindern, indem Sie das Asylbewerberleistungsgesetz aufheben! Die Kinder haben das Recht auf eine medizinische Versorgung - wir fordern die regulären Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen und eine Krankenversicherten-Chipkarte für sie. Kinder haben das Recht auf Bildung - Geld für Schulbücher und außerschulische Angebote soll nicht länger als Ermessensleistungen gelten und von den Eltern vor den Behörden (oft erfolglos) erstritten werden müssen. Das im AsylbLG verankerte "Sachleistungsprinzip" schränkt die Entwicklung der Kinder in besonderem Maße ein: Leben in engen Flüchtlingslagern,

Essenspakete, nicht bedarfsgerechte Gutscheine statt Bargeld. Alle Kinder haben dieselben sozialen Rechte - unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus.

Bitte beantworten Sie auch, warum Sie das AsylbLG nicht aufheben, obwohl die Bundesregierung im Mai 2010 den Vorbehalt gegen Flüchtlingskinder in der Kinderrechtskonvention zurückgenommen hat. Warum zögert ihr Ministerium die Prüfung der Bedarfe Monat für Monat hinaus, obwohl jeder Tag unter diesen unwürdigen Bedingungen die Zukunft der betroffenen Kinder blockiert? Mehr als die Hälfte der Kinder wird dauerhaft in Deutschland bleiben. Warum halten Sie ein Gesetz aufrecht, welches hohe Verwaltungskosten für eine vergleichsweise kleine Gruppe von 120.000 Menschen bedeutet, ein Drittel davon Kinder und Jugendliche?

Ihre Stellungnahme werden wir auf unserer Homepage veröffentlichen und den Unterzeichner/innen des Appells zugänglich machen.

Mit herzlichen Grüßen,



Campact e.V.

Kinderrechte kennen keine Herkunft! Eine gemeinsame Kampagne von:



Mehr Infos: [www.campact.de](http://www.campact.de)